

Posten Lloyd Abend
19. III. 1919

79

Die Volksrepublik Ungarn.

Die Wahlen in die Nationalversammlung.

Das amtliche Blatt veröffentlicht heute folgende Verordnung der Regierung der Ungarischen Volksrepublik 3. 1995/1919 M. E.

Die Regierung der Ungarischen Volksrepublik bestimmt auf Grund des § 1. des Volksgesetzes XXV: 1919 über die Wahlen in die verfassunggebende Nationalversammlung zur Durchführung dieser Wahlen den 13. April 1919.

Budapest, 17. März 1919.

Dr. Dionys Berinkey m. p.
Ministerpräsident.

Minister Balogh über seine Beratungen mit der Entente-Lebensmittelkommission.

Volksernährungsminister Ernst Balogh hat sich heute unserem Mitarbeiter gegenüber folgendermaßen geäußert:

Im Laufe des heutigen Vormittags hatte ich Gelegenheit, die Herren der hiesigen entente-Lebensmittelkommission kennen zu lernen und mit ihnen im Beisein des Staatssekretärs Erdélyi zu verhandeln. Wir machten die Herren der Kommission mit der schwierigen Lage der ungarischen Volksernährung bekannt. Die Herren folgten unseren Ausführungen mit großem Interesse und versprachen, als Mitglieder des mit allen Vollmachten versehenen conseil supérieur international de ravitaillement dazuwirken, daß zwischen Ungarn und den Nachbarstaaten ein Uebereinkommen bezüglich Aufhebung der wirtschaftlichen Grenzsperrre zustande komme. Falls ein solches Uebereinkommen erzielt würde, würde es sich die Kommission erlauben lassen, die praktische Durchführung dieses Uebereinkommens zu ermöglichen. Die in Triest amtierende ständige Kommission wird Vollzugsorgane in Budapest haben. Englischerseits wird Colonel Baker und für die Vereinigten Staaten Lieutenant Hayes nach Budapest delegiert werden.

Ein Deuanti.

Pol. Hir. meldet: In einem Mittagsblatt ist die Mitteilung erschienen, daß der Minister für Volkswohlfahrt und der Finanzminister ein neues Volksgesetz vorbereiten, auf Grund dessen die Regierung die Budapestener Zinshäuser in ihren Besitz übernehmen werde. Von kompetenter Seite wird festgestellt, daß diese Mitteilung ganz und gar nicht der Wahrheit entspricht und daß diese Angabe von Anfang bis zu Ende willkürliche Kombinationen sind. Der letzte Ministerrat hat sich ausschließlich mit der Frage der Sozialisierung der gewerblichen Betriebe befaßt.

Die Morning Post über Károlyi und über Ungarn.

Die heute hier eingetroffene Nummer der Morning Post beschäftigt sich in einem längeren Artikel mit ungarländischen Angelegenheiten und schreibt, indem sie sich der Intrigen erinnert, deren man sich während des Krieges gegen Michael Károlyi bediente, mit besonderer Sympathie über den Präsidenten der ungarischen Volksrepublik.

Es heißt unter anderem in dem Aufsatz: Die während des Krieges Gelegenheit hatten, hinter die Kulissen zu blicken, wußten es ganz genau, wie intensiv Károlyi und seine politischen Anhänger arbeiteten, um Ungarn von dem Bündnis mit Deutschland loszureißen. Desgleichen war es auch bekannt, daß sich Deutschland ohne Skrupeln der verschiedensten Mittel bediente, um den Zielen Károlyis Hindernisse in den Weg zu legen und seine Aktion zu vereiteln. Die reaktionäre Regierung Ungarns und seine reaktionären Parteien übten einen Druck, um Károlyis Pläne zu vereiteln. Die Verfolgung Károlyis betreffend, kommen immer neuere Beweise an den Tag, die zeigen, daß Deutschland lange Arme hatte, und es verstand, wenn es sich um die Verfolgung Károlyis und seiner Getreuen handelte, seinen Einfluß immer zur Geltung zu bringen.

Ueber die Bestrafung derjenigen, die den Krieg herbeigeführt und ihn fortgesetzt haben, schreibt die Morning Post unter dem Titel „Bestrafung der Schuldigen“ das Folgende:

Als die Regierung aus Ruher kam, versprach sie, all jene zur Verantwortung zu ziehen, die an der Fortsetzung des Krieges Schuld trugen und die das Land daran hinderten, einen Sonderfrieden zu schließen. Die jüngsten Ereignisse beweisen, daß die Regierung tatsächlich ihr Versprechen einlösen will. Zwei der Minister des alten Regimes sind bereits in einem Kloster interniert und werden dort solange gefangengehalten, bis in ihrer Angelegenheit ein Urteilspruch erfolgt. Der eine der Internierten ist der General Baron Alexander Szurmay, der Typus des einstigen Militaristen, in dessen Leben das Kriegshandwerk das Alpha und Omega war. Die Anklage, die gegen ihn erhoben wird, ist die, daß er zu einem Zeitpunkt da alle Heerführer die Lage bereits erkannten und wußten, daß das Spiel verloren und alle weiteren Opfer vergebliches Blutvergießen seien, dennoch forderte, daß man immer neue und neue Truppen an die Front werfe. Der zweite Internierte ist Baron Josef Szterényi, eine beliebte Persönlichkeit jenes Hofes, der die Interessen der Dynastie den Interessen des Landes stets voranstellte. Seine Verdienste um diesen Hof wurden mit dem Barontitel belohnt, obwohl er jüdischer Abstammung und armer Herkunft ist. Er stellt den Typus jenes Arriwet dar, der, sobald er die Höhe erreicht hat, die Leiter, auf der er hinaufstieg, wegstößt. Bald nachdem er Minister geworden war, äußerte er sich über die Forderungen der Arbeiterschaft

mit den Worten: „Ich werde sie in den Staub zwingen.“ Er war es, der zur Zeit der größten Not den Hof mit Lebensmitteln aller Art reichlich versorgte. Diese Tätigkeit brachte ihn in so nahe Verbindung mit dem Prinzen Windisch-Grätz, dem jammervollsten Ernährungsminister, den die Welt je gesehen.

Ein neuer Staatssekretär.

Politikai Hiradó meldet: Der Präsident der Republik hat auf Vorschlag des Kultusministers den ehemaligen Regierungskommissar Obergepán und ehemaligen Reichstagsabgeordneten Bela Kun zum politischen Staatssekretär im Kultusministerium ernannt.

Die Radikale Partei und die Wahlen.

Der Vollzugsausschuß der Radikalen Partei tritt — wie Bilág meldet — heute nachmittags zu einer wichtigen Sitzung zusammen, in der über die Haltung der Partei bei den bevorstehenden Wahlen entschieden werden soll. Die Partei wird, wie ihr Organ schon im vorhinein andeutet, während der Wahlen in vollster Passivität verharren, und sie begründet diesen Standpunkt damit, daß ein Bürgerkrieg sich nur dann vermeiden lasse, wenn die Sozialdemokraten in größtmöglicher Zahl in die Nationalversammlung gelangen; der Vollzugsausschuß wird daher den Mitgliedern anraten, für die sozialdemokratischen Kandidaten zu stimmen.

Im Wesen läuft dieser Standpunkt darauf hinaus, daß die Radikale Partei mit eingerollter Fahne vom Kampfplatz abzieht, ihre eigenen Truppen auflöst, beziehungsweise als Mitläufer in das sozialdemokratische Lager überweist. Diese Entwicklung wird dem aufmerksamen Beobachter der Wandlung, die in jüngster Zeit sich in der Mentalität der Leitung dieser Partei vollzogen hat, nicht überraschen. Das erste Zeichen dieser Wandlung war, daß Oslar Jási sich vom Prinzip des Privateigentums, der Grundlage jeglicher bürgerlichen Gesellschaftsordnung, in zwar verblühter, aber dennoch schwer zu mißdeutender Weise losgesagt hat, und spätere Offenbarungen und Handlungen der Parteileitung haben dieses Abwärtswandern nach der kollektivistischen Weltanschauung hin noch deutlicher erkennen lassen. So ist der Radikalen Partei der bürgerliche Charakter allmählich abhanden gekommen und sie selbst zu einer Hilfstruppe der Sozialdemokratie geworden. Der von Bilág in Aussicht gestellte Beschluß schafft daher keine neue Tatsache, sondern wird bloß einen bisher im stillen vollzogenen Umwandlungsprozeß zur öffentlichen Kenntnis bringen.

Demonstrationsaufzug der Arbeitslosen.

Die Arbeitslosen der Hauptstadt hatten schon vor einigen Tagen beschlossen, ihre Forderungen in einer Denkschrift zusammenzufassen und sie der Regierung zu überreichen. Auf Grund eines gestern abend von einzelnen Fachgruppen gefaßten Beschlusses traten heute vormittag die einzelnen Gewerkschaften vor der Nationalakademie zusammen und rangierten sich zu einem Aufzug in vier Reihen. Voran schritten die arbeitslosen Banarbeiter mit ihrer Gewerkschaftsfahne, dann folgten die übrigen Fachgruppen mit Aufschriftstafeln und roten Fahnen. Man sah auch zahlreiche Arbeiterinnen im Zuge, die größtenteils dem Schneidergewerbe angehörten. Der Zug umfaßte ungefähr 20.000 Personen. Im Sinne des gestrigen Beschlusses begab sich der Zug vor das Ministerium für Volkswohlfahrt, und zwar in den großen Hof des Nationalpalastes, wo der Aufmarsch eine halbe Stunde in Anspruch nahm. Nachdem der Aufmarsch, der in größter Ordnung erfolgte, beendet war, begab sich eine Abordnung, zu der jede Fachgruppe zwei Mitglieder beistellte, zum Minister Julius Feidl. Ihr Vortragsführer Arnold Grün schilderte die mißliche Lage der Arbeitslosen und betonte, daß sie in erster Linie das Hauptgewicht auf die Schaffung von Arbeitsgelegenheiten legen. Ihr heutiger Aufzug sei durchaus keine Mißtrauenskundgebung, sondern lediglich die Bezeugung dessen, daß die Hungernden die Not nicht länger ertragen können. Redner hat nochmals um dringliche Schaffung von Arbeitsgelegenheit und überreichte dem Minister eine Denkschrift ungefähr folgenden Inhalts:

Die infolge des Krieges arbeitslos gewordenen Proletarier fordern, daß die bürgerlichen und kapitalistischen Klassen, die den Krieg hervorgerufen haben, ihnen Existenz und Arbeit, ihren Familien den notwendigsten Lebensbedarf sichern. Ueberdies fordern sie pro Person die Ausfolgung einer einmaligen Hilfe im Betrage von 500 Kronen und eine besondere Lebensmittellkarte, mit der man um 50 Prozent billiger einkaufen kann. Ferner soll der Staat den Arbeitslosen den Mietzins bezahlen. Die Lasten des Krieges aber mögen die bürgerlichen Klassen tragen und zahlen, der Grundbesitz und die Produktionsmittel sollen ohne Ablösungsumme in den Gemeinbesitz des Proletariats übergehen.

Der Minister nahm die Denkschrift entgegen und antwortete, er könne einen Vorwurf nicht verschweigen, den sie verdient haben, nämlich: am Samstag seien bereits die Führer der Arbeitslosen bei ihm gewesen, haben ihre Wünsche bekanntgegeben, er sei mit dem Kriegsminister Böhm in Berührung getreten, ebenso mit den Gewerkschaftsleitungen und habe für Dienstag die Mitglieder des Gewerkschaftsrates zu sich gebeten, um mit ihnen den Auszahlungsschlüssel und die Auszahlungstechnik zu besprechen. Er müsse es unendlich bedauern, daß die Arbeitslosen trotzdem den heutigen Aufzug gemacht haben. Er erklärte, daß der Aufzug ihn persönlich absolut nicht berühre und auf ihn keine Wirkung habe, da er die Forderung entweder für billig und gerecht halte oder nicht. Darüber können sie aber nicht beschließen, daß er seine Ueberzeugung ändere. Er habe in der kürzesten Zeit gehandelt und das Resultat der

Besprechung sei, daß man bei den Auszahlungen, je nachdem ob jemand verheiratet oder ledig ist und ob er vor dem 1. Februar dieses Jahres arbeitslos wurde, kategorisieren werde. Nach diesen Kategorien erhalten als einmalige rasche Unterstützung ausgezahlt: Verheiratete, die vor dem 1. Februar arbeitslos geworden sind, 500 Kronen; Verheiratete, die nach dem 1. Februar arbeitslos geworden sind, 400 Kronen; Ledige, die vor dem 1. Februar arbeitslos geworden sind, 350 Kronen; Ledige, die nach dem 1. Februar arbeitslos geworden sind, 300 Kronen; Arbeiterinnen, die vor dem 1. Februar arbeitslos geworden sind, 350 Kronen; Arbeiterinnen, die nach dem 1. Februar arbeitslos geworden sind, 250 Kronen.

Der Minister erklärte sodann: Mit Geld sei überhaupt nicht zu helfen, nur eines könne diesem Lande helfen, wenn für jedermann Arbeitsgelegenheit geschaffen werden kann. Die Regierung erwachte es daher als ihre Pflicht, solche Arbeitsgelegenheiten zu schaffen. Wenn wir unsere Zukunft auf die Banknotendruckerei bauen, werden wir alle zugrunde gehen. Die erste Pflicht der Bevölkerung des Landes und in erster Reihe der Genossen sei, daß sie, sowie Arbeitsgelegenheiten geschaffen sind, diese auch ergreifen. Er bitte die Abordnung, dies zur Kenntnis zu nehmen und ihr in seiner Tätigkeit zu unterstützen und seine Erklärungen ihren Auftraggebern zur Kenntnis zu bringen.

Arnold Grün erklärte, der Aufzug sei nicht ein Ausfluß des Mißtrauens der Arbeitslosen, sondern es sei lediglich ein Zeichen ihrer Ungebild darin zu erblicken. Er konstatierte, daß Minister Feidl der Lösung zustrebe. Redner nimmt die Antwort zur Kenntnis, obgleich er die für die Unverheirateten festgesetzten Beträge für gering hält.

Der Sekretär der Goldarbeiter Gabriel Horvitz teilte der Abordnung mit, daß die Auszahlung im Wege der Gewerkschaft erfolgen werde.

Ein Eisen- und Metallarbeiter namens Udler, erklärte, die Abordnung sei mit gebundener Marschrouten erschienen, und meinte, es werde schwer sein, die Massen zu beruhigen, da er es bezweifle, daß die ihnen bekanntgegebene Lösung sie befriedigen könnte.

Daraufhin teilte man der Deputation mit, daß die Auszahlung bereits Samstag erfolgen werde.

Ein Mitglied der Abordnung bat den Minister, daß auch die Unverheirateten die 500 Kronen erhalten mögen.

Minister Feidl erwiderte, daß es zweifellos sei, daß die Verheirateten und Familienerhalter sich in größerer Not befinden, wie die Unverheirateten. Dies könne durch Reden nicht geändert werden.

Schließlich erklärte Grün nochmals, daß er die Antwort des Ministers zur Kenntnis nehme und dem Massen mitteilen werde.

Die Abordnung begab sich daraufhin in den Hof des Nationalpalastes und verkündete der Menge die Antwort des Ministers. Im Hofe hatten mittlerweile einzelne Redner an die Arbeitslosen Ansprachen gehalten. Die Verkündung der Antwort des Ministers erfolgte unter großem Lärm. Die Menge verließ sodann den Burghof.

Ursprünglich war geplant, daß sich der Zug auf dem Országház tér auflösen werde. Die Verkündung der Antwort des Ministers erfolgte jedoch unter so stürmischen Kundgebungen, daß die Menge nicht von der Stelle wich. Zur Stunde — um 2 Uhr — werden im Hofe des Nationalpalastes noch immer Reden an die Menge gehalten. Die Antwort des Ministers wurde nicht zur Kenntnis genommen, die Menge will von der für alle Arbeitslosen geforderten einmaligen Hilfe von 500 Kronen nicht absteigen. Einzelne Redner schlugen vor, dies dem Minister zur Kenntnis zu bringen und ihm gleichzeitig zu erklären, daß man vorläufig bis zum Donnerstag warten wolle, an welchem Tage ein Ministerrat stattfinden sollte. Sollte dessen Entscheidung nicht den Wünschen der Arbeitslosen gerecht werden, dann soll im Hofe des Nationalpalastes eine neuerliche Versammlung stattfinden.

Gegenrevolutionäre Propaganda.

Die Polizei verhaftete heute den angeblichen Redakteur Joltán Szikora, der seit einiger Zeit in Mátyásföld unter dem Titel „Szabadság“ ein Wochenblatt herausgab, in dem gegenrevolutionäre Artikel erschienen. Szikora wird vorläufig in Haft behalten, bis über seine Internierung ein Bescheid gefällt wird.

Kundgebung der Kireggházaer Garnison gegen konterrevolutionäre Offiziere.

Aus Kireggháza wird der Népszava berichtet: Die Vertrauensmänner der Garnison haben beschlossen, vom Kriegsminister die Abberufung des Stadtkommandanten Oberstleutnants Dehm und des Divisionärs Obersten Lustig zu verlangen. Dies begründen die Vertrauensmänner damit, daß die genannten Stabsoffiziere eine gegenrevolutionäre Tätigkeit entfalten, die Verordnungen des Kriegsministers nicht vollziehen und eine ständig absichtliche Säumnigkeit befunden. Ebenfalls wegen gegenrevolutionärer Handlungen wurde auch ein Suspension mehrerer Husarenoffiziere angeordnet. Nach der Sitzung der Vertrauensmänner zogen mehrere hundert Soldaten, mit Flinten und Maschinengewehren bewaffnet, unter roten Fahnen vor das Gebäude des Divisionskommandos, fanden aber weder den Stadtkommandanten noch den Divisionär im Gebäude. Der Regierungskommissar, an den eine Deputation abgefertigt wurde, erklärte sich bereit, die Wünsche an den Kriegsminister weiterzugeben zu lassen. Das Militär zog hierauf vor das Parteisekretariat, wo es zu sozialdemokratischen Kundgebungen kam. Nach der Demonstration kehrte das Militär in größter Ordnung nach seinen Abteilungen zurück.

Die Angelegenheit der abgerüsteten Soldaten.

Bekanntlich wurden sechs Führer der abgerüsteten Unteroffiziere seinerzeit in Verwahrungshaft genommen. Die Verhafteten rekurrieren gegen den Haftbescheid.